

tionlosen Abgeordneten aus den Südbalkanländern der neuen Partei nicht beitreten werden. Damit ist die neue Partei von allem Anfang an als eine apenländische Partei gekennzeichnet, was insofern von großer politischer Bedeutung ist, als hierdurch der parteimäßige Zusammenschluß der deutschbalkanischen Abgeordneten, bezw. der Ausbau der „Deutschbalkanischen Vereinigung“ im Abgeordnetenhause zu einer Partei in nahe Zukunft gerückt ist. Der Warnungsprozeß, den die Entwicklung der deutschbalkanischen Parteien durchmacht, ist somit durch die Neugründung in ein entscheidendes Stadium getreten.

## Die italienisch-türkischen Friedensverhandlungen.

Nach Meldungen aus Dadau erhielten die italienischen Friedensvermittler in der vorletzten Nacht telegraphische Beschlüsse aus Rom, die sich vorzugsweise auf die finanzielle Seite der Friedensbedingungen beziehen. Es heißt nämlich, daß eine Form gefunden wurde, die glücklich den Seiten vermeidet, daß die Türkei sich die Abtretung Libyens habe abtun lassen. Die Forderung, daß die bisher aus Tripolis und der Cyrenaika bezogenen türkischen Staatsentnahmen zur Grundlage der Abmachungen genommen wurden. Die Verwaltung der türkischen Staatsfonds in Konstantinopel soll die Kontrolle der an Italien zu entrichtenden Annuitäten erhalten. Die Frage eines Anlebens wurde der hierfür erforderlichen Bürgschaften wegen gleichfalls der Lösung angehängt, doch bleibt die Finanzierung einem politisch ruhigeren Zeitpunkt vorbehalten, da die europäischen Weltmarktverhältnisse augenblicklich einer solchen Transaktion sehr ungünstig waren. Auf die dem künftigen Sultanvertreter in Tripolis zu stellende Summe wurde gleichfalls Bedacht genommen. Den vorliegenden Meldungen ist nicht zu entnehmen, ob die Türkei die von ihr beanspruchte Kohlenstation an einem Punkte der libyischen Küste erreicht hat. Es wird berichtet, daß Italien Zugeständnisse gemacht hat, um den Handelsverkehr der Türkei mit Syrien zu begünstigen. Auch sonst hätten die Türken manche vielversprechende wirtschaftliche Zusagen für die Zukunft erlangt.

Nach an Berliner unterrichteter Stelle eingeschienenen Erkundigungen ist der Frieden zwischen Italien und der Türkei noch nicht geschlossen. Wohl hat der türkische Minister die Bedingungen angenommen, jedoch anscheinend mit einem Vorbehalt, über den noch zu verhandeln ist.

Auf die große internationale Bedeutung, die einem Friedensschluß zwischen Italien und der Türkei gerade im gegenwärtigen Moment zukommen würde, weist folgende der „Frankf. Ztg.“ von besonderer Stelle aus Berlin angelegene Darstellung hin: Die italienische Regierung verfolgt mit großer Befürchtung die Entwicklung der Balkanfrage und ist aufrecht entschlossen, alles zu tun, was den Ausbruch eines Balkankrieges verhindern kann. Diese Haltung der italienischen Regierung kann nur denjenigen überraschen, der da glaubt, daß ein Balkankrieg nur die Türkei, nicht aber auch Italien in Mitleidenschaft ziehen könnte. In dem Augenblick, da ein Balkankrieg den jetzigen Status verändern könnte, muß auch die alte Gefahr einer italienisch-serbischen Verwicklung in neuer, ja vielleicht schärferer Form wieder auftauchen. Österreich ist die Vormacht des Balkans und will und muß es bleiben, d. h. daß Österreich eine serbische Heiligung des albanesischen Gebietes zwischen Serbien und Montenegro, das Österreich von der Türkei trennt und vom Zugang zum Ägäischen Meer abschließen würde, nicht dulden kann und im Kriegsfall solche serbischen Absichten durch Befestigung des türkischen Sandjakas Novibazar zurückkommen müßte. Durch einen solchen Vorgang würde Italien in die Versuchung kommen, von der österreichisch-italienischen Balkanverhandlung sich selbst loszulösen; sei es auch nur, um durch einen Schlag gegen Albanien die türkische Regierung zu einem raschen Tripolis-Frieden zu zwingen. In diese Richtung konnte die italienische Regierung gegen ihren Willen durch die öffentliche Meinung gezwungen werden, die nicht verheben würde, daß die italienische Strategie die Balkanverleugerei der Türkei nicht anzuwenden könnte. So könnte sich das gefährliche Schauspiel bieten, daß österreichische Truppen im Norden des türkischen Gebietes gegen die serbischen Angriffe und italienische Truppen im Süden des türkischen Gebietes auf Seiten der griechischen Anarchisten zu finden seien. Das wäre eine Monstration im Dreieck, die von der Tripolis-Entente längst schon ersehnt und erstrebt worden ist. Diese Gefahr kann nur erlöschen, solange der Tripolis-Krieg Italien und die Türkei in Verbindung trennt. Sie muß in dem Augenblick verschwinden, da ein Tripolis-Friede diese Mächte auf der Linie gleicher Interessen einstellt, so daß Italien und Österreich für das gleiche Ziel des Status quo geeint bleiben und gemeinsam arbeiten können. Diese Erwägungen müssen einen raschen und endgültigen Friedensschluß in Dadau ebenso sehr im Interesse Italiens wie in dem der Türkei wünschen lassen. Es ist höchste Zeit, daß die italienische und die türkische Diplomatie in Dadau durch Konventionen sich einigt. Zudem könnte Italien jetzt durch ein Eingetommen der Türkei gegenüber rasch und leicht alles das wiedergewinnen, was es durch seinen Antritt auf Tripolis im weiten Orient an wirtschaftlichen Vorteilen verloren hat. Wer die türkische Pforte kennt, die ein feines und dankbares Empfängnis für Ritterlichkeit hat, der weiß, daß eine solche italienisch-türkische Verständigung die Feinde von heute zu Freunden von morgen machen kann.

## Die Kriegsgefahr auf dem Balkan.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Balkans für Deutschland. Das Deutsche Reich ist politisch an der Balkan- bzw. Orientfrage nur indirekt interessiert. Das ist von der Stellung unserer auswärtigen Angelegenheiten so oft betont worden, daß alle Ausstellungen über eine Parteinahme Deutschlands für die eine oder die andere Seite bei dem gegenwärtigen schweren Konflikt im nahen Orient nur als böswillige Redensarten gelten können. Unserem politischen Desinteressement am Balkan stehen aber so bedeutende wirtschaftliche Interessen gegenüber, daß die Entwicklung der dortigen Verhältnisse unsere größte Aufmerksamkeit erheischen und für unsere Politik nur der Wunsch maßgebend sein kann, durch Sicherung des Friedens und der Ordnung unsere handelspolitischen Beziehungen ungehindert zu erhalten. Die wirtschaftliche Bedeutung der Balkanstaaten und der Türkei ist in dem letzten Jahrzehnt außerordentlich gewachsen, und Deutschland hat einen wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung. Bisher doch im vergangenen Jahre nach der deutschen Reichsstatistik der Gesamtanfangshandel Deutschlands mit den Balkanstaaten einschließlich Griechenlands und der europäischen Türkei nicht weniger als 120 Millionen Mark, wovon der größere Teil auf die Ausfuhr Deutschlands nach diesen Ländern entfiel, nämlich rund 230 Millionen Mark. In Wirklichkeit dürften sich die Verhältnisse für unsere Einfuhr und Ausfuhr aus den bzw. nach den Ländern des nahen Ostens noch erheblich höher stellen, als hier angegeben, da unsere Statistik im Warenverkehr bekanntlich in vielen Fällen nur das nächste Bestimmungsland bzw. das letzte Provenienzgebiet erfaßt. So bleiben in der Ausfuhrstatistik viele Sendungen, die über ausländische Häfen oder über Österreich-Ungarn nach dem Orient gehen, unberücksichtigt, während bei der Einfuhr größerer Mengen landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus den Ländern an der unteren Donau, die über belgische oder holländische Häfen zu uns gelangen, nicht in der auf jene Länder bezüglichen Statistik enthalten sind. Aber auch ohne diese Berichtigung erscheint die

Statistik unseres Warenverkehrs mit den Balkanländern und Griechenland bedeutend genug, zumal unsere Ausfuhr dortin durchweg eine Steigerung aufweist. So ist — immer nach den zu niedrigen Ziffern der Reichsstatistik — unsere Ausfuhr nach Rumänien, das bei unseren Handelsbeziehungen mit den Balkanländern an erster Stelle steht, von 68,8 Millionen Mark im Jahre 1907 auf 91,4 Millionen Mark im Jahre 1911 gestiegen. Bei der europäischen Türkei hob sich in dem gleichen Zeitraum unsere Ausfuhr von 59,2 Millionen Mark auf 75,3 Millionen Mark, bei Bulgarien von 14,4 auf 23,9 Millionen Mark, bei Serbien von 19,7 auf 21,3 Millionen Mark und bei Griechenland von 11,4 auf 17,8 Millionen Mark. Das ist eine Entwicklung, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Im Handel Rumaniens hebt die Einfuhr aus Deutschland bereits an erster Stelle vor Österreich-Ungarn und England. Das Gleiche ist der Fall bei Serbien, während die deutsche Ausfuhr nach Bulgarien an dritter Stelle, nach Griechenland an vierter Stelle rangiert. Die Einfuhr Deutschlands aus den Balkanländern ist starken Schwankungen unterworfen, da sie in erster Linie von den dortigen Erzeugnissen abhängt. So betrug die Einfuhr aus Rumänien nach Deutschland im Jahre 1907 rund 150 Millionen Mark, im Jahre 1910 nur 68 Millionen Mark und im Jahre 1911 rund 108 Millionen Mark. Bei den anderen Ländern sind die Einfuhrziffern zwar etwas konstanter, wechseln aber auch. Bei Serbien kommt der Vieh- und Fleischhandel stärker in Frage. Montenegro hat nur Bedeutung für Österreich-Ungarn. Die oben mitgeteilten Ziffern für den deutschen Handel nach dem nahen Osten erschöpfen indessen längst nicht das wirtschaftliche Interesse Deutschlands an der Orientfrage. Deutsches Kapital und deutsche Arbeitskraft sind auf dem Balkan und in der Türkei in einem Umfange investiert, der weit über diese Ziffern hinausgeht, und nicht man erst die Möglichkeit in Betracht, die sich bei einer dauernden friedlichen Entwicklung in dieser Richtung ergeben, so erhält die Frage, ob es gelingen wird, die Kriegsgefahr im Osten zu bannen, schon in rein wirtschaftlicher Hinsicht eine Bedeutung für uns, deren Größe niemand verkennen wird.

### Bulgarische Ausbreitungen.

Die „N. N. Pr.“ meldet aus Konstantinopel: Der Minister des Aeußeren erhielt die Meldung, daß die Bulgaren in Varna gegen die dortigen Türken Ausbreitungen betreiben und sie zwingen, fast des Landes den Hut aufzugeben. Der Mufsi wurde geschlagen und ein türkischer Händler schwer verletzt. In Aidos in Bulgarien wurde ein mohammedanisches Dorf geplündert. Vier Türken wurden ermordet. Der Vorkriegs nach Bulgarien ist eingestellt worden. Alle Kabel sind überlastet. Die militärische Devisenagentur ist so stark, daß die öffentliche Meinung der Hauptstadt über die internationalen und provinziellen Vorgänge nur mangelhaft unterrichtet ist.

## Tagesgeschichte.

### Sicherung der Bauforderungen.

Der namentlich in Groß-Berlin in letzter Zeit hervorgetretene Bauzwang, der zu einer ganz außerordentlichen Steigerung der Substationen geführt hat (in Steglitz zum Beispiel allein 131 Grundstücks-substationen in 220 Tagen), hat, wie man uns schreibt, zu erneuten Erwägungen geführt, die sich auf eine eventuelle Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen bezogen. Es ist zunächst davon Abhandlung angenommen, auf diesem Wege vorzugehen, da man die neuen Ermittlungen, die bis zum 1. Januar 1913 im wesentlichen erledigt sein sollen, abwarten will. Das vorher zur Verfügung stehende Material kann als beweisfähig und zuverlässig nicht angesehen werden. Die angeordneten Erhebungen sollen sich nach zwei Richtungen hin erstrecken. Einmal sollen unter Mitwirkung der Gerichte die Verluste festgestellt werden, die den Bauwerkern infolge von Anwartsverletzungen entstanden sind, und ferner sollen die Bauwerker selbst über ihre Verluste befragt werden, wobei sich die Regierung der Vermittlung der Bauwerkerverbände und der Innungsverbände bedienen wird. Die Ergebnisse werden streng geheim gehalten und vom Statistischen Landesamt bearbeitet werden. Als Orie, auf die sich die Erhebungen erstrecken werden, kommen außer Groß-Berlin Breslau, Köln, Dortmund, Kiel, Stettin und Rostock in Betracht. Auf Grund der erlangten zuverlässigen Unterlagen wird der Handelsminister eine Entscheidung darüber treffen, ob die Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes erfolgen kann oder ob das eingegangene Material eine Einführung der betreffenden Bestimmungen durch die Landesgesetzgebung rechtfertigt. Man wird demnach erwarten können, daß im Laufe des nächsten Jahres die Entscheidung auf Grund der Erhebungen erfolgen wird. Zu beachten ist, daß das Gesetz über die Sicherung der Bauforderungen der Regierung nicht ein unbefristetes Recht zur Einführung des zweiten Teiles gibt, die von einem Teil der Bauwerker gewünscht wird. Sie darf nicht lediglich auf Grund der Klagen und Nachweise der Bauwerker über die Verluste auf den Bauten die Einführung veranlassen, sondern es muß erst überzeugend dargelegt werden, daß in bestimmten Bezirken lebhafter Bauzwang herrscht. Nur in diesem Falle darf der zweite Teil des Gesetzes von der Landesregierung in Kraft gesetzt werden.

### Eine erfreuliche Rundgebung.

Zu dem von tiefer Abneigung gegen unsere größten nationalen Helden und die sich an ihre Person knüpfenden glorreichen Erinnerungen zugehenden fortschrittlich-demokratischen Heldenhüte in München (Wiederanbahnung von Bildern Kaiser Wilhelms II., Bismarcks und Moltkes) hat die Mehrheit der Münchner national-liberalen Partei eine Erklärung angenommen, die die „Schles. Ztg.“ mitzuteilen in der Lage ist. Sie lautet: „1. Auf Verlangen des Herrn Abgeordneten Dr. Luidde wurden von dem damaligen funktionierenden Herrn Verbandssekretär, der auch nicht der Nationalliberalen Partei angehört, die Bilder des Kaisers, Bismarcks und Moltkes entfernt. Die Bilder waren bereits angebracht. 2. Von diesem Verlangen und dieser Maßnahme war kein Mitglied der Nationalliberalen Partei zuvor unterrichtet worden. 3. Der erste Vorsitzende der Nationalliberalen Partei reiste unmittelbar nach der Einweihungsfest ab und konnte daher erst nach seiner Rückkehr eingreifen. Das geschah unvollständig, wobei anerkannt werden muß, daß seine Forderung auf Wiederanbringung der Bilder von führenden Mitgliedern der fortschrittlichen Volkspartei unterstützt wurde. Der Vorwurf der Saumseligkeit der Nationalliberalen Partei gegenüber entbehrt jeglicher Begründung. 4. Behauptungen der Presse, welche diese Angaben bekräftigen, stehen mit den Tatsachen in Widerspruch. 5. Obgleich unserem Wunsch nunmehr Rechnung getragen ist, sehen wir uns veranlaßt, auszusprechen: Wir erbliden in dem Vorgange keine persönliche bedeutungsvolle Angelegenheit, sondern einen ersten politischen Akt. Derselbe enthält eine scharfe Verleugung unseres nationalen und monarchischen Empfindens. Darum verurteilen wir das Vorkommnis auf das allerhöchste. In dieser Verurteilung wissen wir uns einzig nicht nur mit den Parteimitgliedern, sondern auch mit den weitesten Volksschichten, auch soweit dieselben unserer Partei nicht angehören.“

### Der Deutsche Militärarbeiter-Verband und das Ariensministerium.

In einigen Blättern war die Nachricht verbreitet worden, das preussische Ariensministerium habe den bei militärischen Behörden und Anstalten beschäftigten Arbeiter der Inhaberschaft zum Deutschen Militärarbeiter-Verbande, der Ortsverwaltungen in einer größeren Zahl von Standorten des Reiches befristet, verboten.

Dieser wird nun baldmöglichst erklärt. Ein von Verbandsmitgliedern erstatteter Bericht über die Verhandlungen betreffender Erlaß des Ariensministeriums ist zwar am 1. August 1912 erlassen, enthält aber in keiner Weise ein Verbot, sondern nur eine Warnung an die Militärarbeiter, sich nicht im Sinne der seit längerer Zeit beobachteten feindseligen Wirksamkeit des Verbandes zu betätigen. Die mehrfach aufgestellten Behauptungen, das Ariensministerium habe durch diesen Erlaß die Konstitutionsfreiheit der Militärarbeiter beschränkt und es sei hierbei durch christliche Organisationen beeinflusst worden, sind beide haltlos. Bedächtig das seit Jahren beobachtete Gesamtverhalten des Verbandes — nicht etwa ein einzelner Kriffel des Verbandsorgans — hat die Militärverwaltung veranlaßt, aus ihrer dem Verbands gegenüber bisher beobachteten Rücksichtnahme herauszutreten und der Arbeiterkraft Klar zu machen, daß die Betätigung an einer Aktion des Verbandes, die geeignet ist, die Ordnung und den Frieden in den Militärbetrieben zu gefährden und die Achtung vor den Behörden zu untergraben, nicht länger geduldet werden könne. Die Militärverwaltung ist geneigt, Arbeiter, die diese Warnung außer acht lassen, aus den Betrieben zu entfernen.

### Die Gründung des Verbandes deutscher Krankenkassen auf nationaler Grundlage.

Man schreibt uns: Die Gründung des „Verbandes deutscher Krankenkassen“ fand am Sonntag, den 2. September, in Köln statt. Die dem deutschen nationalen Arbeiterkongress angeschlossenen Organisationen, wie der Gesamtverband evangelischer und der Arbeiterverband katholischer Arbeitervereine, sowie der deutsch-nationale Handlungsgewerkschaften, hatten die Gründung vorbereitet. An der Gründung beteiligten sich außerdem aktiv auch die deutschen Gewerkschaften (Duisburg-Funkler). In der 1. Konferenz nationaler Krankenkassen-Vertreter, in der die Gründung einstimmig beschlossen wurde, waren etwa 30 Krankenkassen, von deren Vertreter man wußte, daß sie nicht zur Sozialdemokratie gehören, eingeladen. Erschienen waren über 100 nichtsozialdemokratische Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertreter und Rentanten, die 44 Krankenkassen vertraten. Weiter nahmen an der Gründungskonferenz auch die Vertreter der verschiedenen bürgerlichen Parteien, sowie zwei Reichstagsabgeordnete (Behrens und Peder) teil. Im ganzen sind dem neuen Verbande sozialis 47 Krankenkassen mit weit über 200 000 Mitgliedern beigetreten. Der Beitrag wurde auf 1 Pf. pro Mitglied und Jahr festgesetzt, jedoch beträgt der Mindestbeitrag einer Kasse 10 Mark für ein Jahr. Der Verband deutscher Krankenkassen hat sich u. a. zur Aufgabe gestellt: Den angeschlossenen Krankenkassen durch Unterstützung und Vertretung in allen Fragen der Versicherungsangelegenheiten zur Seite zu stehen. Auch will und muß er seine Unterstützung beim Abschluß von Verträgen aller Art. Behutsam will er sein bei der Abfassung von Unterschriften und Dienstabreden. Ferner will er durch die Mitwirkung aller nationalen Parteien Einfluß bei den Behörden und der Regierung, sowie beim Parlament erlangen, um die Interessen und Wünsche der Kassen wirkungsvoll zu vertreten. Politische und gewerkschaftliche Interessen sollen mit dem Verband nicht verfolgt werden. Es soll vielmehr eine Stelle geschaffen werden, wo sämtlich bürgerlichen Parteien und Richtungen auf dem Gebiete der Krankenkassen im christlichen Wettbewerb miteinander wirken, und wo die Vertreter derselben sich jederzeit sachverständigen Rat holen können. Die vorläufige Geschäftsstelle des nationalen Verbandes deutscher Krankenkassen befindet sich in Köln, Eintrachtstraße 147.

### In den letzten Vorgängen in Südwestafrika

finden von amtlicher Seite folgende ergänzende Nachrichten eingegangen: Ende September wurde der Ritter Müller I auf der Suche nach entlaufenen Pferden in den Dünen östlich von Suerro erschossen. Das Gewehr und die Patronen waren geraubt, das Pferd Müllers jedoch nicht mitgenommen worden, sondern an einem Baum gebunden. In der Nähe lag ein frisch geschossener Strauß. Der Vorfall hat bis jetzt nicht aufklärt werden können. Nach den Spuren sollen indessen Kaperente als Täter nicht in Betracht kommen. Auf Grund von Aussagen der Anfang September angelegenen Dientboten, daß wahrscheinlich noch mehr Eingeborene über die Grenze zur Jagd gezogen seien, ist das in Betracht kommende Gelände durch Patrouillen der Kompanie Gochas abgestreift worden. Dabei wurden in den letzten Tagen an einzelnen Stellen in der Nähe der Grenze ältere und neuere Dientboten Spuren festgestellt. Doch liegt nach Ansicht des Gouvernements irgendein Grund zur Beunruhigung nicht vor.

### England im Mittelmeer.

Wie dem „N. N.“ aus Malta gemeldet wird, haben die augenblicklich in Gibraltar liegenden Kreuzer „Bar-mouth“ und „Weymouth“ mit Rücksicht auf den bedrohlichen Charakter der Lage im nahen Osten Befehl erhalten, nach Malta abzugehen, bis die Mittelmeerflotte dorthin zurückgekehrt ist.

Deutsches Reich. Die Erzherzogin Friedrich von Österreich ist mit Gefolge in Berlin eingetroffen.

Der dänische Gesandte v. Segermann-Lindencron ist von Berlin abberufen worden.

Spanien. Die Kammer ist zum 11. Oktober einberufen worden. Sie wird sich zunächst mit dem Auslande der Eisenbahngesellschaften befassen.

## Während des Druckes nachts eingegangene Neueste Drahtmeldungen.

Köln. (Priv.-Tel.) Nach einer Meldung der „Köln. Ztg.“ aus Berlin wird die Entscheidung auf dem Balkan vor zwei bis drei Tagen nicht fallen. Bulgarien wird mit seiner Mobilmachung am Sonntag fertig sein, die übrigen Staaten brauchen noch zehn bis zwölf Tage. Die Türkei wird vor sechs Wochen nicht in Kriegshäute aufmarschieren können. Die Note der vier Balkanstaaten wird erst an die Pforte gerichtet, nachdem das bulgarische Parlament, das morgen beginnt und fünf Tage dauert, geschlossen ist.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Im Stadttheater hatte Raffewitz Traubdie „Judas“ in der Aufführung starken Beifall, der heftig bekämpft wurde.

Breslau. (Priv.-Tel.) Die Bergarbeiter in Oberschlesien sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Für nächsten Sonntag werden in 29 Städten Versammlungen einberufen, in welchen Stellung zu einem etwaigen Streik genommen werden soll. Die Arbeiter behaupten, die Arbeitgeber hätten ihre Zusagen nicht gehalten.

Wien. (Priv.-Tel.) Der König trifft, wie die „Köln. Ztg.“ meldet, am Sonntag hier ein. Ein begelarter Empfang wird vorbereitet. Prinz Andreas stellte sich dem Kriegsminister zur Verfügung; dieser erklärte, daß die Kammer das Gesetz über den Ausschluß der Prinzen aus der Armee aufheben werde.

Petersburg. Der Senat ordnete an, daß es zulässig ist, Wechsel zu protestieren, die in Ausland in einer ausländischen Bank auf im Ausland lebende Personen ausgeht sind, falls der Zahlungsort sich innerhalb des russischen Reiches befindet.